

Humanistische Union

LER auch in Berlin? Für ein religions- und kulturkundliches Fach für alle Schülerinnen und Schüler

Die Humanistische Union Berlin befürwortet die Einführung eines neuen Unterrichtsfaches an den Berliner Schulen, zu dessen wesentlichen Inhalten eine Grundbildung zu Religionen, Weltanschauungen und Kulturen gehört. Das neue Fach sollte sich an den Erfahrungen mit dem Brandenburger Fach "Lebensgestaltung - Ethik - Religionskunde" (LER) orientieren. Im Sinne einer gemeinsamen Bildungslandschaft und im Hinblick auf eine mögliche Fusion kommt diesem Modell in der Diskussion eine besondere Bedeutung zu. Gleichzeitig sind die Anforderungen an ein neues Fach für Berlin genauer zu spezifizieren. Denn erstens zeichnet sich Berlin durch eine höhere kulturelle und religiöse Vielfalt aus als Brandenburg. Zweitens werden in der Berliner Diskussion mit dem Kürzel "LER" recht unterschiedliche Vorstellungen verbunden und auch in Brandenburg hat das Modell seit seiner Entstehung Veränderungen erfahren.

Berücksichtigung der religiösen und kulturellen Vielfalt Berlins

Wir wollen ein Fach, in dem die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, sich Kenntnisse über die unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Weltanschauungen anzueignen, die in Berlin existieren. Stärker als andere Bundesländer ist Berlin in dieser Hinsicht durch Vielfalt geprägt. Mehr als 50 % der Bevölkerung sind konfessionslos, ca. 25 % gehören der Evangelischen Kirche, ca. 8 % der Katholischen Kirche und ca. 6 % islamischen Religionsgemeinschaften an. Etwa 12.000 Mitglieder der Jüdischen Religionsgemeinschaft leben hier. Darüber hinaus gibt es mehr als 120 weitere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Eine 2003 erschienene Studie "Religion in Berlin" spricht von mehr als 400 religiösen Gemeinschaften.

Interkultureller Ansatz

In Berlin leben über eine halbe Million Menschen nichtdeutscher Herkunft, sie kommen aus 182 Staaten. Vor dem Hintergrund der ethnischen Vielfalt wünschen wir uns ein Fach, in dem Raum gegeben ist, interkulturelle Verständigung, wechselseitige Anerkennung und Toleranz einzuüben. Das erfordert einen Ansatz, der weder einer "Leitkultur" verschrieben ist, noch einem bloßen Kulturrelativismus.

Gemeinsames Fach für alle

Damit die kulturelle Vielfalt Berlins als Bereicherung erfahrbar wird, bedarf es es der Integration und der verständigen Auseinandersetzung mit Verschiedenheit. Dieses Ziel wird am besten erreicht, wenn Schülerinnen und Schüler nicht nach Religionen auseinanderdividiert werden. Alle Schülerinnen und Schüler sollen etwas über Religionen erfahren, die nicht ihre eigenen sind. Daher treten wir für ein

obligatorisches Fach für alle Schülerinnen und Schüler ein. Eine Befreiungsmöglichkeit von dem Fach wegen Teilnahme an einem bekenntnisgebundenen Unterricht lehnen wir ab - auch weil es die Neutralität des Faches in Frage stellen würde.

Staatliche Verantwortung

In einem religiös-weltanschaulich neutralen, ordentlichen Schulfach können religiöse oder weltanschauliche Inhalte nicht aus einer "Binnensicht" vermittelt werden - dies muss den Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften selbst überlassen bleiben. Möglich ist jedoch Religions- und Weltanschauungskunde, die sich der Einflussnahme in eine bestimmte Richtung enthält.

Eine angemessene Beteiligung von Kultur-, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften an der Konzeption und Praxis des neuen Faches im Sinne einer offenen Schule und der Auseinandersetzung mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinschaften in so genannten "Fenstern" würde den Unterricht bereichern. Derartige "Fenster" müssen aber in ein integratives Gesamtkonzept eingebettet sein, das der gebotenen Neutralität des staatlichen Faches gerecht wird.

Anforderungen an den Unterricht

Die Lehrerinnen und Lehrer des neuen Faches haben die anspruchsvolle Aufgabe, unterschiedliche Kulturen, Religionen und Weltanschauungen unvoreingenommen, respektvoll und differenziert darzustellen. Als Bezugswissenschaften für das Fach kommen insbesondere Kulturwissenschaft, Religionswissenschaft, Ethnologie, Philosophie, Soziologie und Psychologie in Betracht. Hinsichtlich Inhalt und Gestaltung muss sich das Fach auf altersspezifische Lernbedürfnisse einstellen und sollte Bezüge zur alltäglichen Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler herstellen. Dabei sollte möglichst ein vergleichender Ansatz verfolgt werden, der sowohl Unterschiede (auch innerhalb der Bekenntnisgemeinschaften) als auch Gemeinsamkeiten erkennen lässt. Es bietet sich an, die verschiedenen Bekenntnissysteme in Bezug auf übergreifende Themen (z.B. Umgang mit dem Tod, Feste, Geschlechterverhältnis) darzustellen.

Kompetenzansatz statt "Werte Vermittlung"

Die Beschäftigung mit ethischen Fragen findet am Besten in der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Vorstellungen statt. Verbindliche "Werte" in einer pluralistischen Gesellschaft müssen mehr sein als auswendig gelernte Normen. Statt "Werteerziehung" verfolgen wir den Ansatz einer Aneignung von Kompetenzen, darunter auch die Kompetenz, sich kritisch mit eigenen und fremden Wertvorstellungen auseinandersetzen zu können. Statt der bloßen Vermittlung von Sekundärtugenden bedarf der Entwicklung eines Verständnisses von Regeln, die ein möglichst friedliches, gleichberechtigtes und freies Zusammenleben in Vielfalt ermöglichen.

Schlussbemerkung

Ein für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsames Fach wäre eine innovative und zukunftsweisende

Antwort auf die Chancen und Herausforderungen, die durch die religiöse, weltanschauliche und kulturelle Vielfalt in Berlin gegeben ist. Dieses Modell ist am besten geeignet, der Gleichberechtigung der verschiedenen Bekenntnisgemeinschaften und der religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates gerecht zu werden. Hinsichtlich dieser Kriterien wäre die Schaffung eines Wahlpflichtfaches ein Rückschritt. Demgegenüber wäre das derzeitige Berliner Modell des uneingeschränkt freiwilligen Religions- und Weltanschauungsunterrichts in Berlin vorzuziehen. Doch auch dieses Modell stößt an Grenzen. Eine Einbeziehung von immer mehr Bekenntnisgemeinschaften in die Angebote ist organisatorisch nicht leistbar und vor dem Hintergrund des Integrationsgedankens auch nicht die beste Lösung.

Zur HUMANISTISCHEN UNION

Die HUMANISTISCHE UNION (HU) ist 1961 in München als erste Bürgerrechtsorganisation der Bundesrepublik gegründet worden. Sie engagiert sich für den Erhalt und Ausbau der Grund- und Freiheitsrechte. Seit ihrer Gründung tritt die HU ein für die ungehinderte Entfaltung der verschiedenen religiösen, philosophischen, weltanschaulichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Strömungen in Deutschland. Vor diesem Hintergrund fordert die HU die konsequente Trennung von Staat und Kirchen und die Gleichberechtigung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Die HU ist - im Unterschied zum Humanistischen Verband Deutschlands - keine Weltanschauungsgemeinschaft.

In der Diskussion um die Zukunft des Religions-, Weltanschauungs- und Ethikunterrichts in Berlin hat sich die HU für die uneingeschränkte Freiwilligkeit des konfessionellen Religions- bzw. des Lebenskundeunterrichts eingesetzt und ein Wahlpflichtfach Religion abgelehnt. Sie hat sich für ein Gleichberechtigung auch kleinerer Glaubensgemeinschaften eingesetzt und 1999 ein Fach "Kulturen, Religionen und Weltanschauungen" vorgeschlagen.

<https://berlin.humanistische-union.de/thema/ler-auch-in-berlin-fuer-ein-religions-und-kulturkundliches-fach-fuer-alle-schuelerinnen-und-schueler/>

Abgerufen am: 28.06.2022